

## „NORMALISIERUNG“. POLITISCHE, SOZIALE UND KULTURELLE HINTERGRÜNDE EINES „REALSOZIALISTISCHEN“ PARADIGMAS

Nicht ganz ein Jahr nach der letzten Einladung des Projektbereiches „Sozialismus als soziale Frage“ ins Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam begrüßte dieser am 23. September 2002 erneut Gäste zu einem Workshop, der sich diesmal dem Begriff der ‚Normalisierung‘ widmete.

Dieser Begriff bezeichnet eigentlich die Phase der tschechoslowakischen Geschichte, in der nach der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘ und der Ablösung

der Reformkräfte die Politik der Öffnung zurückgenommen wurde. An ihre Stelle sollte eine Modernisierung der Industrie treten, während gleichzeitig versucht wurde, über eine Stärkung des Konsums den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und dadurch Zustimmung zu erkaufen. Die Initiatoren des Workshops gingen aber davon aus, dass nicht nur in der Tschechoslowakei der Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren eine wirtschafts- und sozialpolitische Zäsur bedeutete, sondern die so charakterisierte ‚Normalisierung‘ in einigen sozialistischen Ländern praktiziert worden sei. Ziel des Workshops war es, den Begriff in seinen politischen, sozialen und kulturellen Dimensionen auszuleuchten und damit seine Tauglichkeit als allgemeine Forschungskategorie zu prüfen.

Die erste Sektion „Historische Kontexte des Normalitäts-Paradigmas in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ leitete Gastgeber Peter Hübner (Potsdam) mit einigen Ausführungen zu „Norm, Normalität, Normalisierung: Quellen und Ziele eines gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsels im sowjetischen Block um 1970“ ein, wobei er sich besonders der Frage nach der sozialpolitischen Orientierung und Intention der wichtigsten Akteure in den drei Ländern ČSSR, Polen und DDR widmete. Dazu präsentierte er eine biografische Analyse der Generation, aus der diese Akteure größtenteils stammten. Geboren in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg und in einfachen, proletarischen oder kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen, erlebten diese Menschen mit der Wirtschaftskrise, dem Zerfall der traditionellen gesellschaftlichen Milieus und des politischen Systems stürmische Zeiten, in denen schließlich das Erstarken der Kommunistischen Partei neue Karrierechancen und der Aufstieg der Sowjetunion ideologischen Halt boten. Innerhalb der Generation machte Hübner einen Unterschied aus zwischen den Älteren, zu denen die Reformeure überwiegend zählten, und den Jüngeren, zu denen die ‚Normalisierer‘ gehörten. Während die Erstgenannten in ihren sozialpolitischen Vorstellungen den Gegebenheiten der Vorkriegszeit verhaftet blieben, passte sich die zweite Gruppe den aktuellen Ansprüchen der Bevölkerung an – das waren ab Mitte der sechziger Jahre wachsende Konsumbedürfnisse nach westlichem Vorbild.

Die polnischen Unruhen des Jahres 1970 wirkten – so Hübner – auf die Länder des Ostblocks wie ein Katalysator des Unwohlseins, es kam zu einem entscheidenden Wechsel in der Sozialpolitik. Anders als in der Reformzeit wurden von da an soziale Leistungen erst einmal großzügig verteilt, wobei die neuen Parteiführungen hofften, die Menschen an den Staat binden und moralisch zur nachträglichen Erfüllung der Leistungserwartungen verpflichten zu können. Innerhalb des Wirtschaftsapparates sei jedoch sehr bald klar gewesen, dass diese Politik die wirtschaftliche Substanz auffressen würde. Zwar versuchten die Parteiführungen, nicht nur den sich ständig entwickelnden Konsumwünschen der Bevölkerung hinterher zu laufen, sondern statt dessen die angenehmen Seiten des Sozialismus, wie z.B. Arbeitsplatzsicherheit, die Versorgung über gesellschaftliche Einrichtungen oder kulturelle Dienste anzupreisen, doch lief diese Propaganda völlig ins Leere. Die ‚Normalisierer‘ beugten sich immer mehr dem Erwartungsdruck der Bevölkerung, dabei scheint es ironischerweise so, als hätten sie selbst immer weniger an die Modernisierungs- und Mobilisierungsfähigkeit ihres Systems geglaubt. Sie setzten

soziale Boni nicht mehr als Leistungsanreiz ein, sondern zielten auf gesellschaftliche Befriedung im Dienste einer idealisierten sozialistischen Harmonie.

Christoph Boyer (Frankfurt a. M.) betonte in seinem anschließenden Kommentar zunächst die Vorzüge einer, eventuell gerade entstehenden, Normalisierungsfor- schung, die die bislang eher statisch-etikettierenden Ansätze der Sozialismusfor- schung um ein dynamisches, historisch-genetisch orientiertes Konzept bereichern könnte. Die Frage jedoch, ob es sich, wie von Hübner behauptet, bei den unter- suchten Fällen um einen Paradigmenwechsel in der Politik handelte, verneinte Boyer nicht nur mit dem Hinweis auf gewisse Abnutzungserscheinungen des Be- griffes Paradigma, sondern mehr noch, weil die betreffenden Vorgänge „zu klein“ gewesen seien. Zudem sah er den Generationsaspekt bei Hübner überbewertet, da ein Führungswechsel in den meisten Ländern nur auf den oberen Ebenen statt- gefunden habe. Weiter machte Boyer Vorschläge zu einer möglichen Typologie von ‚Normalisierung‘. Als Gemeinsamkeit der drei vorliegenden Fälle nannte er an erster Stelle die Rezentralisierung der Lenkung und Instrumentalisierung des Sozialen. Bei der Konstituierung verschiedener Typen spielten weitere Elemente eine Rolle, nämlich der restaurative Aspekt der Normalisierung aufgrund der Rücknahme von Reformen, der Einsatz sozialpolitischer Maßnahmen primär zur Machtsicherung, die geräuschlose und flächendeckende Installation von Kontrollsystemen (Stasi- Syndrom) sowie das Abhandenkommen des visionären Gehalts in den politischen Zielen.

In der anschließenden Diskussion fragte Peter Skyba (Berlin) nach der Ori- ginalität der betrachteten Entwicklung in den drei Ländern, wobei er auf die Ähn- lichkeit der politischen Programme mit den Beschlüssen des 14. Parteitages der KPdSU verwies. Jürgen Danyel (Potsdam) bestätigte zwar, dass das sowjetische Vorbild auch in den siebziger Jahren prägend blieb, verwies aber auf das erhebliche Abweichungspotential der genannten Länder, das in dieser Phase deutlich wurde und in dem auch nationale Spezifika zu Tage traten. Renate Hürtgen (Potsdam) begrüßte die strukturelle Präzisierung des Begriffes durch Boyers Kommentar, äußerte jedoch Bedenken bezüglich seiner inhaltlichen Bestimmung, die einen hohen Grad an Normativität impliziere – so als sei die sozialistische Gesellschaft in dieser Phase „zu sich selbst“ gekommen, d.h. normal geworden.

Peter Hübner relativierte selbst die Bedeutung seines biografischen Ansatzes, den er nicht als Erklärung des zu betrachtenden Phänomens verstanden wissen wollte. Er beharrte jedoch auf der Interpretation der ‚Normalisierung‘ als Paradigmenwechsel, da während dieser Zeit die Parteiführungen zum ersten Mal von dem Anspruch der völligen Durchplanung von oben abgewichen seien und die Wünsche der Bevölke- rung zur Orientierung genommen hätten – wodurch auch die Lancierung eigentlich systemfremder Projekte wie der Förderung des Eigenheimbaus oder des Individual- verkehrs überhaupt erst möglich wurde.

In seinem Beitrag „Die Politik der ‚Normalität‘ als Reaktion auf die Globali- sierungsbestrebungen innerhalb der sozialistischen Länder?“ beschrieb Jörg Roesler (Berlin) den Wandel der in den sozialistischen Ländern gültigen Interpretation der Weltwirtschaft von der dualen, isolationistischen Sicht der fünfziger Jahre hin zur Annahme der ernstzunehmenden Konkurrenz des Kapitalismus in den sechziger

Jahren. In diesem Kontext schufen die reformorientierten Kräfte in der DDR, aber auch in anderen Ländern Ostmitteleuropas, die Parole vom „Überholen ohne Einzuholen“, die über eine Konzentration des wirtschaftlichen Potentials in ausgewählten Bereichen an die Weltspitze führen sollte. Dafür wurden beträchtliche Mittel in die ‚wissenschaftlich-technische Revolution‘ gelenkt, während der Lebensstandard der Bevölkerung zunächst vernachlässigt, im Falle Polens sogar deutlich eingeschränkt wurde. Auch die intendierte Änderung des Wirtschaftsmechanismus wurde mit Blick auf den internationalen Wettbewerb gerechtfertigt. Nach dem Ende der Reformen kehrten die Länder zurück zur isolationistischen Sicht der fünfziger Jahre. Breshnev behauptete, der Sozialismus sei nicht rückständig, sondern etwas völlig Eigenes, der internationale Wettbewerb demnach ein Phantom.

Annette Wilczek (Mannheim) erläuterte anhand zweier Beispiele „Die Motivlage höherqualifizierter Beschäftigter in DDR-Großbetrieben während der 1970er Jahre.“ In Bezug auf die Versorgung der Höherqualifizierten stellte die Referentin eine Tendenz zu individuellen Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitung fest, nachdem Versuche kollektiver Lösungen, z.B. bei den Löhnen, zuvor zu Konflikten geführt hatten und mögliche Sonderleistungen der Betriebe – wie die Zuteilung von Wohnungen – so knapp waren, dass sie nicht systematisch eingesetzt werden konnten. Insgesamt habe sich für die Höherqualifizierten eine sehr unruhige Arbeitssituation ergeben, die zu starker Fluktuation und wachsenden Problemen bei der Besetzung dieser Posten führte.

Einen interessanten Beitrag zu einer bislang in der deutschen Forschung eher vernachlässigten Region leistete Ivo Georgiev (Hamburg) mit seinen Ausführungen über den Wandel der politischen Leitbilder in Bulgarien zwischen den sechziger und siebziger Jahren. Georgiev konzentrierte sich dabei besonders auf die Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs mit den bereits diskutierten Ländern unter ‚Normalisierungsaspekten‘. Einen großen Unterschied sah er in den Ausgangsbedingungen der Nachkriegsjahre, welche für Bulgarien die Zeit des ‚großen Sprungs‘ waren, in der die überwiegend agrarische Gesellschaft mobilisiert wurde, es zu umfassender Migration in die Städte und dort zunächst zu hoher Arbeitslosigkeit kam. Der Aufbau der Industrie erfolgte aus diesem sozialen Druck heraus und sollte, so Georgiev, von Anfang an von sozialen Maßnahmen abgefedert werden. Für die resultierenden wirtschaftlichen Probleme wurden in den sechziger Jahren zwei Lösungsansätze erwogen. Der eine sah eine völlige Anpassung an die Sowjetunion vor, eventuell sogar eine ‚Adoption‘ durch diese als deren 16. Republik. Der andere, in Teilen auch verwirklichte Ansatz bestand in der partiellen Dezentralisierung der wirtschaftlichen Lenkung in Anlehnung an die Länder Ostmitteleuropas. Obwohl die wirtschaftlichen Ergebnisse der Reformen durchaus positiv gewesen seien, wurden diese im Sommer 1968 abgebrochen, was Georgiev hauptsächlich auf Widerstände innerhalb der Verwaltung zurückführte, die sich gegen die Pluralität der Wirtschaftslenkung wehrte. In der folgenden Phase wurden die Reformen zurückgenommen, gleichzeitig sollte der Konsum gefördert werden. Da man das legitimatorische Potential dieses Bereichs erkannte, wollte man die landwirtschaftliche Produktion stärken, wozu die Kollektivierung schrittweise rückgängig gemacht und

der private Bodenbesitz wieder zugelassen wurde. Aufgrund dieser Entwicklung könne, so Georgiev, im Falle Bulgariens von „Joghurtkommunismus“ gesprochen werden.

In der zweiten Sektion des Workshops ging es um „Arbeiter als soziales und kulturelles Leitbild von ‚Normalität‘“, und Moderator Jürgen Danyel formulierte einleitend das Ziel, die Stellung der ‚Normalisierung‘ im ‚realen Sozialismus‘ näher zu klären sowie heraus zu arbeiten, welche neuen Leitbilder die siebziger Jahre hervorgebracht haben. Dies leisteten die Ausführungen von Simone Barck (Potsdam) nicht ganz, da sie sich sehr stark auf die an Visionen recht arme Geschichte der Arbeiter-Literaturzirkel konzentrierte, die zudem – so Barck selbst – ein Spezifikum der DDR und damit nicht ohne weiteres auf die anderen Ostblockländer übertragbar seien. Sie konstatierte einen tendenziellen Konflikt zwischen dem Ideal des allgemein gebildeten und politisch bewussten Arbeiters, wie er im Zentrum der kulturpolitischen Mühen von Partei und Gewerkschaft stand, und deren tatsächlichen Ergebnissen. Diese Diskrepanz prägte auch das Schicksal der „Bewegung der schreibenden Arbeiter“, die in den sechziger Jahren in fast jedem Betrieb Literaturzirkel hervorbrachte. Die Partei blieb jedoch stets unzufrieden mit deren zahlenmäßiger Entwicklung wie mit der Qualität und Authentizität der literarischen Produktion.

Annette Schuhmann (Potsdam) stellte in ihrem Beitrag zur betrieblichen Kulturarbeit vor 1970 eine Kontinuität der Unzufriedenheit der Arbeiter mit den betrieblichen Kulturangeboten fest. Diese sowie die geringe kulturpolitische Mobilisierbarkeit der Arbeiter sei den Kulturfunktionären ebenfalls seit Ende der fünfziger Jahre bekannt gewesen. Dennoch sei die betriebliche Kulturpolitik insgesamt weder von unten noch von oben jemals in Frage gestellt worden. Anschließend wurde die inhaltliche Ausgestaltung der Kulturpolitik thematisiert, wobei besonders der Einfluss der Massenmedien und die damit einhergehende Entwertung kollektiver Freizeitgestaltung sowie die Entraditionalisierung der Arbeiterkultur herausgestellt wurden.

Die Abschlussdiskussion zeigte einige zentrifugale Tendenzen, die wohl auch einer gewissen Verwirrung über soviel Normalisierung, Normativität und Normalität geschuldet war. Jürgen Danyel zog schließlich eine positive Bilanz des Tages. Als gelungen bezeichnete er die Untersuchung von Kontinuitäten und Brüchen rund um die Zäsur 1970/71, die Ausleuchtung einiger struktureller Merkmale des ‚realen Sozialismus‘ sowie die Bedeutung externer Einflüsse wie des Ost-West-Konfliktes oder der Massenmedien. Letztlich hielt er aber fest an der am tschechoslowakischen Modellfall entwickelten Definition, die bereits der von ihm und Peter Hübner verfasste Grundlagentext für diesen Workshop enthalten hatte: ‚Normalisierung‘ wurde hier als Gesellschaftsvertrag beschrieben, über den soziale Befriedung gegen Konsummöglichkeiten ausgetauscht wurde. Ganz normal also.